

GR Martina KAUFMANN, MMSc, BA

7. Juli 2016

A N T R A G

Betreff: Einführung von Mobilitätssharing in Graz

Eine ausgezeichnete Möglichkeit, die öffentlichen Verkehrsmittel zu entlasten, Grazerinnen und Grazern Komfort zu bieten und die Umwelt zu schonen, ist das sogenannte bike-sharing.

Dabei kann man an vielen öffentlichen Plätzen in der Innenstadt Räder gegen einen kleinen Betrag mieten und für zumeist kurze Strecken im urbanen Raum verwenden.

In Graz gibt es bereits den Versuch, solch ein Konzept zu verwirklichen. Im Vergleich zu anderen europäischen Städten, gibt es dabei allerdings noch viel Aufholbedarf.

Die steigenden Fahrgastzahlen beim ÖV zeigen, dass man sich bei den Holding Graz Linien auf dem richtigen Weg befindet. Diesen Weg gilt es weiterhin auszubauen, um bei der Kapazitätsplanung mit den steigenden Bewohnerzahlen der Stadt Graz mithalten zu können.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

ANTRAG:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden ersucht,

- ein flächendeckendes, öffentliches bike-sharing Angebot – in Kombination mit dem ÖV und anderen Individualverkehrsmitteln - in Graz aufzubauen, wobei mindestens 50% der Bikes E-Bikes sein sollen;
- eine Neuausrichtung des Radwegenetzes der Stadt Graz zu unternehmen. Das heißt weg von einer sternförmigen Verbindung der Radwege hin zu Querverbindungen der 13 Hauptradrouten über eine Parallele zum Innenstadtring;
- außerdem sollen vor allem in der Innenstadt genügend Fahrradabstellplätze geschaffen werden.

GR Peter MAYR

7. Juli 2016

A N T R A G

Betreff: Energieversorgung bei Veranstaltungen im Augarten

Im Augarten finden regelmäßig große Veranstaltungen statt, die auch zunehmend auf eine starke Energieversorgung für ihre technischen Einrichtungen angewiesen sind. Leider wurden zuletzt Dieselaggregate (bis zu 3 gleichzeitig) verwendet, die durch ihre Lärm- und Abgas-Emissionen für berechtigten Ärger bei AnrainerInnen und BesucherInnen gesorgt haben, noch dazu weil sie auch größtenteils in der Nacht durchliefen.

Im Bereich des Augartens sind Stromverteiler soweit vorhanden, dass der lokale Stromanbieter ohne großen Aufwand für die Veranstaltungen jeweils Stromanschlüsse zur Verfügung stellen könnte.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, mit dem Energieversorger vor Ort das Angebot von Stromanschlüssen für Veranstaltungen im Augarten sicher zu stellen und deren Nutzung in den Gestattungsverträgen mit den Veranstaltern zu vereinbaren, sowie diese Vorgabe auch bei der Veranstaltungsgenehmigung zu berücksichtigen.

GR. Harry POGNER

07.07.2015

A N T R A G

Betr.: Beleuchtung von Geh- und Radwegen

Wie schon mehrfach gefordert und bis dato leider noch immer nicht umgesetzt, ist die Beleuchtung von als Geh- und Radweg gekennzeichneten Wegen vor allem entlang der Mur.

Es ist wohl unbestritten, dass das Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung stark vorhanden ist und gerade Licht ist ein Teil dieses Sicherheitsempfinden. Wo ausreichend Licht vorhanden ist, ist die Wahrscheinlichkeit einer negativen Überraschung nicht so stark gegeben.

In Beantwortung einer meiner diesbezüglichen Anfragen, die 2009 beantwortet wurden, hieß es, dass die Umsetzung – vor allem des rechtsseitigen Abschnittes entlang der Mur zwischen dem Puchsteg und der Puntigamer Brücke im nächsten Ausbauprogramm vorgesehen wäre.

Dazu meine Frage: Wann startet dieses Ausbauprogramm endlich?

Auch weise ich darauf hin, dass GR Molnar – ebenfalls 2009 - einen Antrag gestellt hat, in welchem er Solar-Laternen von steirischen Unternehmen vorgeschlagen hat, um Stromkosten und Kabelverlegungsarbeiten zu vermeiden.

Die Stadt hat einige gekennzeichnete Geh- und Radwege, wo Teile dieser ausgewiesenen Wege, auch entlang der Mur, nicht beleuchtet sind.

Namens der ÖVP GR Fraktion stelle ich daher den

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, dass die von der Stadt gekennzeichneten Geh- und Radwege (im speziellen entlang der Mur) zur Gänze mit Beleuchtungskörpern (vorzugsweise mit Solar-Laternen) ausgestattet werden.

GR. Harry POGNER

07.07.2015

A N T R A G

Betr.: Bewohnerparkplätze

Unsere Innenstadt ist eine attraktive „Kernzone“, das kann man bei einem Bummel durch unsere City täglich erleben. Veranstaltungen, gemütliche Cafes und Restaurants laden zum Verweilen ein. Aber auch als „Arbeitgeber“ ist die Innenstadt ein durchaus beachtlicher Jobmotor.

Leider kommen nicht alle Besucher und Beschäftigte mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in unsere Stadt. Viele – ja zu viele – nutzen für ihren Besuch oder Arbeitsweg immer noch den PKW.

Für Bewohner unserer Innenstadt wird es auf Grund von Gastgärten und Pendlern immer schwieriger, ihren PKW zu parken. Und das Recht auf einen PKW wird man wohl den Innenstadtbewohnern nicht absprechen.

Um zu vermeiden, dass der Innenstadt langsam ihre Bewohner abhandenkommen, ist es daher dringend an der Zeit, sich Gedanken über ein Parkplatzmodell für Innenstadtbewohner zu machen.

Namens der ÖVP GR Fraktion stelle ich daher den

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, dass ein Parkplatzkonzept für Innenstadtbewohner bis zum Herbst dieses Jahres entwickelt und umgehend umgesetzt wird.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Klubobfrau Ina Bergmann

Graz, am 7. Juli 2016

Antrag

Betrifft: Verschmutzungen von Straßen und Plätzen durch Gratiszeitungen und Prospekte

Gratiszeitungen werden mit Sicherheit von vielen Menschen in unserer Stadt gerne gelesen, Werbeprospekte sollen die Wirtschaft ankurbeln sowie Informationen unter die Leute bringen. Oftmals ist die Papierflut, die über uns hereinbricht, aber auch ein lästiges Übel, wenn jeden Tag der Postkasten übergeht und sich nur Werbematerial vor einem auftürmt. Schließlich muss alles wieder ordnungsgemäß entsorgt werden.

Leider finden viele Zeitungen und Prospekte keine Leser, sondern fliegen bei Wind und Wetter durch unsere Straßen und verschandeln Teile unserer schönen Stadt. Es ist nicht nachvollziehbar, wenn diese von den Werbemittelverteilern vor geschlossenen und aufgelassenen Geschäften abgelegt werden. Kaum jemand kümmert sich darum, dass diese Zeitungen bzw. Prospekte auch wieder weggeräumt werden. Meistens verfrachtet der Wind das Material in alle Himmelsrichtungen. Diverse Abladeplätze für Verteiler tragen ebenso zum Unmut unserer BürgerInnen bei. Besonders auffällig ist die Verschmutzung in Gegenden, wo viele Geschäftslokale leer stehen, wie z.B. in der Annenstraße oder rund um den Griesplatz. Allerdings trifft dies durchaus auch auf andere Stadtgebiete und Wohngebiete in den Randbezirken zu. Liegenschaftsbesitzer kümmern sich immer weniger darum, ob Gehsteige sauber gehalten werden oder nicht. Sie werden ja auch kaum zur Verantwortung gezogen.

Die Holding Graz hat eine Hotline eingerichtet, wo von BürgerInnen Verschmutzungen gemeldet werden können. Eine super Sache, aber dieses Problem kann damit nur bedingt gelöst werden.

Bereits in der Vergangenheit war dieses Problem im Gemeinderat des Öfteren ein Thema. Immer wieder erreichen uns Mails von aufgebrachten Mitmenschen, die von der Politik eine Lösung verlangen. Von Seiten des Tourismusverbandes wurde ebenfalls bereits Kritik laut.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag:

Herr Stadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio wird ersucht, gemeinsam mit allen dafür zuständigen Stellen im Haus Graz und mit den dafür verantwortlichen Werbemittelverteilern eine Lösung für dieses Problem zu erarbeiten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin DI Christine Braunersreuther

Donnerstag, 7. Juli 2016

Antrag

Betrifft: Abflachung der Bordsteinkanten an Zebrastreifen

Die Stadt Graz unternimmt sehr viel, um im städtischen Verkehr ein gutes Beispiel in Barrierefreiheit zu werden. Das „Grazer T“ als Leitsystem für Sehbehinderte ist dafür wohl das prominenteste Beispiel. Trotzdem gibt es nach wie vor Hürden, die nicht nur für Rollstuhlfahrer_innen, sondern auch für gehschwache Menschen und Eltern mit Kinderwägen Hürden darstellen. Ein Beispiel hierfür ist die Straßenüberquerung an Zebrastreifen, für die jedoch die Bordsteine nicht abgeflacht wurden. Wer hier nicht gehfit ist und die Straße überquert, sieht sich oft genötigt, die steile Kante entweder mit hohem Kraft- und Energieaufwand zu überwinden oder auf der Straße parallel zum Gehsteig gehend oder fahrend zu hoffen, bald auf eine Einfahrt mit abgeflachter Kante zu treffen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen Straßenquerungen mit Zebrastreifen auf Barrierefreiheit prüfen und an Stellen, wo dies noch nicht geschehen ist, die Gehsteigkanten direkt beim Zebrastreifen abflachen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin DI Christine Braunersreuther

Donnerstag, 7. Juli 2016

Antrag

Betrifft: Literaturpreis der Stadt Graz

Wie von der KUG Graz vorgeschlagen und im gemeinderätlichen Wissenschaftsausschuss einstimmig beschlossen, wird das „Dr.-Karl-Böhm-Stipendium“ inhaltlich verändert und in „Wissenschaftsstipendium der Stadt Graz“ umbenannt. Grund für Letzteres ist die Argumentation der KUG, die besagt: *„Dies auch unter dem Aspekt, dass eine namentliche Benennung heute nicht mehr als zeitgemäß erachtet wird.“* Die KUG kann sich damit verstärkt als wissenschaftliche Institution präsentieren, die Stadt Graz als Wissenschaftsstadt.

Graz ist aber auch, und das ist unbestritten, Literaturstadt. Aus diesem Grund sollte mit dem „Franz-Nabl-Preis“ ähnlich verfahren werden. Abgesehen von der strittigen politischen Persönlichkeit des Namensgebers könnte sich die Stadt Graz viel besser als Literaturstadt präsentieren, wenn sie einen „Literaturpreis der Stadt Graz“ ausschreiben würde.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen eine Namensänderung des „Franz-Nabl-Preises“ in „Literaturpreis der Stadt Graz“ vornehmen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 7. Juli 2016

Antrag

Betrifft: Tempo 30 in der südlichen Körösisstraße anpassen

Die KPÖ begrüßt den Entschluss, den RadfahrerInnen in der Wickenburggasse mehr Raum zu geben. Ein unangenehmer Nebeneffekt dieser verkehrstechnischen Neugestaltung ist es aber, dass – gerade in den Stoßzeiten – der Autoverkehr in der Körösisstraße zugenommen hat. Auf einer kurzen Strecke befindet sich bereits eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h, die seit vielen Jahren gilt. Nun sind in den letzten Jahren in der Körösisstraße (ehemaliges Wasserwerk, ehemaliger GAK-Platz) viele Wohnungen errichtet worden, in denen viele Familien mit Kindern leben. Auch die SeniorInnen, die die Körösisstraße auf ihrem Weg Richtung Mur queren fühlen sich durch die Verkehrszunahme verunsichert.

Aus Sicherheitsgründen wäre es also wünschenswert, den Bereich der bestehenden Geschwindigkeitsbeschränkung zeitlich und örtlich an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h in der Körösisstraße örtlich (auf den Bereich zwischen Langegasse und Rottalgasse) und zeitlich auszuweiten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 7. Juli 2016

Antrag

Betrifft: „Flugblattverzichter“-Pickerl als Gratisangebot an allen Bürgerservice-Stellen

Gerade in der Urlaubszeit stellen die vielen durch eine Fülle von Reklamesendungen überquellenden Postkästen für die Grazerinnen und Grazer ein spezielles Problem dar:

Eine Verschandelung der Umgebung durch freifliegende, nicht mehr unterzubringende Blätter ist ebenso eine Folge, wie auch übervolle Briefkästen leider für etwaige Einbrecher auch als Einladung verstanden werden können.

Ein Gratisangebot an „Bitte keine Werbung“-Pickerln durch alle Bürgerservicestellen wäre ein sinnvoller Beitrag in Richtung erhöhter Sauberkeit und Sicherheit in Graz.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu veranlassen, dass die „Bitte keine Werbung“-Pickerl gratis in den Servicestellen der Stadt Graz angeboten werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Robert Krotzer

Donnerstag, 7. Juli 2016

Umbenennung „Kriegssteig“ in „Friedensteig“

Antrag

Der 260 Stufen fassende Weg vom Schloßbergplatz zum Uhrturm wird im amtlichen Stadtplan nach wie vor als „Kriegssteig“ bezeichnet. An dessen Errichtung in den Jahren des Ersten Weltkrieges waren neben österreichischen Pionieren auch russische Kriegsgefangene beteiligt, weshalb der Weg zeitweise auch den Namen „Russensteig“ trug.

Bereits mehrfach wurde die Umbenennung dieses Weges in „Friedensteig“ gefordert, so von der Friedensbewegung der 1980er-Jahre, im Jahr 2003 in einem einstimmigen Beschluss des Bezirksrats Innere Stadt oder etwa auch in einem Gemeinderatsantrag der KPÖ von 2008.

In einer Zeit, in der uns nicht nur die mahnende Erinnerung an die Menschheitstragödien der beiden Weltkriege, sondern auch das gegenwärtige Weltgeschehen zeigt, wie wichtig der Einsatz für den Frieden ist, wäre es ein begrüßenswertes Zeichen der Stadt Graz, wenn die jahrzehntelange Forderung nun auch in die Tat umgesetzt wird.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen eine offizielle Umbenennung des „Kriegssteigs“ in „Friedensteig“ prüfen und gegebenenfalls eine solche in die Wege leiten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 7. Juli 2016

Antrag

Betrifft: Mariagrün – Vorrang für Öffis

An der Haltestelle *Mariagrün* befindet sich die Haltestelle der Straßenbahnlinie 1 sowie der Wendepunkt der Buslinie 58. Beide Linien bedienen die Haltestelle über die vom Individualverkehr besonders stark frequentierte Hilmteichstraße. Besonders in den Stoßzeiten, aber auch zur normal frequentierten Tageszeiten kommt es an der Ein- u Ausfahrt der Haltestelle *Mariagrün* bei der Hilmteichstraße zu sehr langen Wartezeiten für die Öffis, weil der Individualverkehr sehr oft in den Haltestellenkreuzungsbereich zurückstaut.

Abhilfe könnte eine rote Vorampel schaffen, wie sie im Grazer Stadtgebiet bereits an mehreren Haltestellen erfolgreich eingesetzt wird. Auch die Anbringung von schraffierten Bodenlinien könnte helfen, den Individualverkehr aus dem Kreuzungsbereich fernzuhalten.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die verantwortlichen Stellen des Stadt Graz werden ersucht, zusammen mit der Holding Graz zu überprüfen, ob es Möglichkeiten zur Beschleunigung der Öffis, wie im Motivenbericht beschrieben, gibt.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 7. Juli 2016

Antrag

Betrifft: **Oberandritz Verkehrsbeschleunigung**

Sehr erfreulich für die BenutzerInnen der Öffis, aber auch für den Individualverkehr, ist die Neuausrichtung der Ampelschaltung an der Kreuzung in Oberandritz, St. Veiter Straße, Stattegger Straße, Weinitzenstraße. So wurden Induktionsschleifen in die Fahrbahnen integriert, welche auf den Verkehrsfluss reagieren und so die Ampeln zeitlich schalten.

Die St. Veiter Straße und die Weinitzenstraße, zwei Straßen, welche sich laut STVO begegnen, wurden auch so geschaltet, dass sie separat auf Grün schalten, um den Verkehrsfluss für die Öffis zu beschleunigen.

Nun ist dabei jedoch leider auf separate Linksabbiegeampeln vergessen worden. So mancher Verkehrsteilnehmer ist verunsichert, ist er doch im Glauben, dass der entgegenkommende auch Grün hat. Die Folge daraus ist, dass sehr viele Linksabbieger in beide Richtungen stehenbleiben, um sich erst zu vergewissern, ob sie freie und ungefährdete Fahrt haben. Zusätzliches Stauaufkommen sowohl in der St. Veiter Straße als auch in der Weinitzenstraße sind die Folge, sehr zum Ärger auch der Öffi BenutzerInnen, da die Buslinie nun zu den Stoßzeiten noch länger im Stau verweilt.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die verantwortlichen Stellen des Magistrates sowie der Herr Verkehrsstadtrat werden höflichst ersucht zu evaluieren, ob, wie im Motivenbericht beschrieben, an der Kreuzung in Oberandritz für Linksabbiegerinnen und Linksabbieger in die Stattegger Straße sowohl von der St. Veiter Straße, als auch von der Weinitzenstraße kommend Linksabbiegeampeln errichtet werden können.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **7. Juli 2016** von Gemeinderätin Claudia Schönbacher

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 07.07.2016

Betreff: bessere Beschilderung von Wahllokalen
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Zuge der diesjährigen Wahlen wurde festgestellt, dass die Beschilderung des Wahllokales in der Pfarre Don Bosco unzureichend ist. Mehrfach haben Wähler darüber geklagt, dass die Orientierung vor Ort nur schwer möglich war und der richtige Eingang nicht ohne Probleme gefunden werden konnte. Es gibt drei Zugangsmöglichkeiten, einer nur ist jedoch beschildert.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die Beschilderungen im Bereich von Wahllokalen, bei denen es mehrere Möglichkeiten gibt, das Gebäude zu betreten – im Besonderen in der Pfarre Don Bosco – im Sinne des Motiventextes zu überprüfen, damit eine einwandfreie Orientierung vor Ort sichergestellt wird.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **7. Juli 2016** von Gemeinderätin Claudia Schönbacher

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 07.07.2016

Betreff: Sanierungsmaßnahmen Johannespark
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Johannespark im Bezirk Gries zwischen der Hammer-Purgstall-Gasse, der Siebenundvierzigergasse und der Kantgasse, ist ein sehr stark frequentierter Park, den sowohl Kinder als auch Erwachsene sehr gerne nutzen. Bis vor wenigen Jahren gab es dort einmal eine Toilette, die allerdings wohl für Drogengeschäfte missbraucht wurde und in weiterer Folge entfernt wurde. Die benachbarte Pfarre Johannes bietet zwar während ihrer Öffnungszeiten an, dass die Toilette in der Pfarre benützt werden kann, doch ist diese Tatsache vielen der Parkbesucher gar nicht bekannt. Seitens der Parkbesucher wurde mehrfach der Wunsch geäußert, dass die Stadt Graz wieder eine Toilette errichten lässt.

Auch der Fußballplatz im Johannespark ist sanierungsbedürftig. Im Bereich der Tore fehlt der Rasen vollständig. Bei Regen entstehen in diesem Bereich große Pfützen, die noch Tage danach das Fußballspielen nicht möglich machen. Ebenso wäre eine Eingrenzung des Spielfeldes zum Schutz des Spielrasens wünschenswert. Die Tornetze weisen große Löcher auf, obwohl diese mehrmals behelfsmäßig geflickt wurden. Insgesamt ist dieser Platz ein eher trostloser Anblick.

Im Bereich rund um den Johannespark befinden sich zahlreiche Wohnungen, in denen viele Kinder leben. Da die freien Spielflächen und Grünbereiche in dieser Gegend eher spärlich gesät sind, ist gerade dieser Park sehr wichtig für die Anwohner.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, entsprechende Sanierungsmaßnahmen für den Johannespark zu erwägen. Die Errichtung einer Toilette möge noch im Laufe des Sommers 2016 erfolgen.



Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 07. Juli 2016

von

GR Karl Dreisiebner

Betrifft: Absenkung und Überplattung der Waagner-Biro-Straße im Bereich der geplanten öffentlichen Parkanlage sowie des Schulcampus in der Smart-City

Der im Bereich des neuen Stadtteiles Smart-City vorgesehene öffentliche Park wird dem Rahmenplan folgend durch eine Verkehrsfläche - jene der Landesstraße Waagner-Biro-Straße - in zwei Teile geteilt, nämlich in eine kleinere spitz zulaufende Fläche im Westen sowie in eine deutlich größere Fläche im Osten.

Das sind aus unserer Sicht keine optimalen Rahmenbedingungen für eine öffentliche Parkanlage, die sowohl von allein spielenden Kindern gut und uneingeschränkt genutzt werden soll, als auch für Erwachsene jeden Alters als Erholungsraum angenommen werden soll. Dazu kommt, dass entgegen den Intentionen des Rahmenplans für die Smart City über den Beschluss des Bebauungsplans 04.23.0 Waagner-Biro-Straße - Waldertgasse die Freifläche für einen ursprünglich vorgesehenen Bezirkssportplatz in der Form leider nicht mehr zur Verfügung steht. Zu erwähnen ist überdies, dass der Bezirk Lend zu jenen Grazer Stadtbezirken zählt, die entlang der Grün- und Freiflächenbilanz (lt. 4.0 STEK) die höchsten Defizite bei der Grünraumausstattung aufweisen.

Schließlich aber soll und muss unserer Meinung nach ein ´smartes´ Entwicklungsgebiet seinen eigenen hochgestellten Ansprüchen am Ende auch gerecht werden und so darf eine vollständige Zweiteilung aller anzusiedelnden Funktionen in der geplanten Smart-City durch eine heute schon stark frequentierte Verkehrsachse - es geht hier bekanntlich sowohl um hohe Zahlen an privatem und beruflichem KFZ-(Transit-)Verkehr und um die geplante Straßenbahnlinie - von der Grazer Stadtplanung und Verkehrsplanung nicht als stadt- und verkehrsplanerisch unabwendbar hingenommen werden.

Gelöst könnten die gegebenen Rahmenbedingungen, die durch die Verkehrsachse Waagner-Biro-Straße determiniert sind, einerseits durch harte Maßnahmen wie eine Sperre der Straße für jeden Durchzugsverkehr (ausgenommen Ziel- und Quellverkehr) oder eben durch ambitionierte, kreative und smarte Lösungen. Eine solche könnte die Absenkung und Überplattung der Straßenfläche Waagner-Biro-Straße im Bereich des geplanten Parks sowie - genauso sinnhaft - im Bereich des Schulcampus sein. So kann im zentralen Bereich der Smart City der vorhandene trennende Verkehrsstrang entschärft und damit eine "erzwungene" Zweiteilung der zentralen Bereiche im entstehenden Quartier - das sind eben der Park und das Zentrum auf Höhe der Schule - verhindert werden. Zudem könnten auf Teilen der so neu hinzu gewonnenen Freifläche nicht nur ein Bezirkssportplatz sondern auch weitere Funktionen untergebracht werden.

In diesem Sinne stelle ich folgenden

Antrag

Die zuständigen Abteilungen im Magistrat Graz werden ersucht, die im Motivenbericht dargestellten Maßnahmen (Niveausenkung und Überplattung der Waagner-Biro-Straße im vorgeschlagenen Abschnitt) zur Zusammenführung des durch die Waagner-Biro-Straße getrennten öffentlichen Parks sowie des Zentrums auf Höhe des Schulcampus neuen Stadtteil "Smart-City" zu prüfen und in die weiterführende Entwicklungsplanung einfließen zu lassen.



Antrag

der Grünen – ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 07. Juli 2016

von

GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betreff: Überarbeitung der Veranstaltungsrichtlinie der Stadt Graz

Echte Fußballatmosphäre - fast schon wie im Stadion - und gemeinsames Mitfiebers mit der Lieblings-Fußballmannschaft bei Public Viewings gehören sicherlich zum größten Spaß vieler Fußball-Fans.

Dagegen ist natürlich nichts einzuwenden!

Im Zusammenhang mit den Grazer Public Viewings zur Euro 2016 kam es speziell am Mariahilferplatz, allerdings mehrere Wochen lang zu massiven Beeinträchtigungen ansässiger Betriebe. Aber auch bei den Zuständigen der Mariahilferkirche löste die Größe der genehmigten Veranstaltungsfläche, die nur 3,8 m Abstand zur Kirche festlegte, Verwunderung aus. Geschäfte am Mariahilferplatz waren aufgrund der massiven Aufbauten für das Public Viewing nicht mehr sichtbar und auch die Zugänge waren erschwert. Darüberhinaus wurden die Pläne erst am Tag vor dem Aufbau an die Betriebe kommuniziert.

Aus den oben genannten Gründen stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden

Antrag

- 1.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen in Zukunft bei der Genehmigungen von Veranstaltungen auf öffentlichen Flächen, die mehr als drei Tage andauern, auch auf die Auswirkungen auf die ansässigen Betriebe und Institutionen verstärkt Rücksicht nehmen.
- 2.) Dies soll in Form einer stärkeren Einbeziehung der ansässigen Betriebe und Institutionen im Zuge der Genehmigung sowie einer frühzeitige Information erfolgen. Weiters sollten die VeranstalterInnen im Bedarfsfall zur Ausschilderung der Zugänge zu Betrieben verpflichtet werden können.

- 3.) Die „Richtlinie für die Erteilung der Zustimmung zur Durchführung von Veranstaltungen auf öffentlichen Flächen“ der Stadt Graz möge in folgenden Punkten überarbeitet werden.
- a.) Die Platzbeschreibungen im § 2a sollen überprüft und betreff Größe in Absprache mit ansässigen Betrieben adaptiert werden.
 - b.) Der Mariahilferplatz mit der Mariahilferkirche soll in den §4 (3) Schutzbereiche aufgenommen werden.